



**92. Plenartagung
11./12. Oktober 2011**

**INITIATIVSTELLUNGNAHME
des Ausschusses der Regionen**

**"TERRITORIALE ZUSAMMENARBEIT IM MITTELMEERRAUM
ÜBER DIE MAKROREGION ADRIA-IONISCHES MEER"**

DER AUSSCHUSS DER REGIONEN

- unterstreicht, dass eine makroregionale Strategie nicht sämtliche Maßnahmenbereiche umfassen kann, sondern vor allem auf die Herausforderungen und Fragen der jeweiligen Makroregion ausgerichtet werden muss, die im Rahmen einer gemeinsamen Bewertung der Partner zu ermitteln sind, und weist darauf hin, dass eine Makroregion als funktionaler Raum keine festgelegten Grenzen besitzt und sehr stark von den gemeinsamen Herausforderungen bestimmt wird, die in Angriff genommen werden sollen;
- ist der Auffassung, dass sich mit diesem Ansatz das Ziel des territorialen Zusammenhalts verwirklichen lässt;
- betont, dass ein wichtiger Mehrwert der Strategie für die Region Adria-Ionisches Meer in der Aufmerksamkeit der EU für den Westbalkan liegt, sie einen bedeutenden Faktor für die Versöhnung zwischen Gebieten darstellt und so zur europäischen Integration beiträgt;
- weist darauf hin, dass das von der Strategie betroffene Gebiet drei Mitgliedstaaten (Italien, Griechenland und Slowenien) umfasst sowie zwei Kandidatenländer (Kroatien und Montenegro) und drei potenzielle Kandidatenländer (Albanien, Bosnien und Herzegowina und Serbien); stellt fest, dass der makroregionale Ansatz neben der maritimen Dimension allen bedeutenden Problemen der Region Rechnung tragen muss (Schutz und Erhalt der Umwelt, Energie, Klimawandel, Forschung und Innovation usw.);
- weist darauf hin, dass neben den "drei Nein" der Kommission (keine neuen Regeln, keine neuen Institutionen, keine zusätzlichen Mittel) gleichzeitig auch "drei Ja" gelten sollten: Anwendung und Kontrolle bestehender Regeln in der Makroregion - Aufbau einer Plattform/eines Netzwerkes/eines EVTZ - abgestimmte Nutzung bestehender finanzieller Ressourcen;

Berichterstatter

Gian Mario Spacca (IT/ALDE), Präsident der Region Marken

I. POLITISCHE EMPFEHLUNGEN

DER AUSSCHUSS DER REGIONEN

ALLGEMEINE BEMERKUNGEN

1. begrüßt, dass mit der Verabschiedung der europäischen Strategie für die Makroregion Ostsee durch den Europäischen Rat im Oktober 2009 ein Prozess eingeleitet wurde, dank dessen einige europäische Regionen in dem Instrument der makroregionalen Strategien eine mögliche Lösung für die Probleme in Verbindung mit einer ausgewogenen und nachhaltigen Entwicklung gefunden haben oder im Begriff sind, diese zu finden;
2. verweist darauf, dass er sich von Anfang an für die Ausarbeitung makroregionaler Strategien eingesetzt hat, sofern sie einen Mehrwert für die EU bringen, da hierdurch die Beteiligung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften gefördert werden kann;
3. begrüßt, dass anlässlich des am 13. April 2010 zum Thema "Europäische Makroregionen: Integration durch territoriale Zusammenarbeit" organisierten Forums zahlreiche Regionen ihr Interesse an dieser Frage bekräftigt haben. Aus den dort geführten Diskussionen und angestellten eingehenden Überlegungen geht Folgendes hervor: Die Makroregion kann eine innovative Methode der territorialen Zusammenarbeit auf interregionaler und transnationaler Ebene bilden, dank derer für eine bessere Kohärenz und Abstimmung der politischen Maßnahmen in verschiedenen Bereichen, eine rationellere Verwendung der finanziellen Mittel und im Einklang mit den Prinzipien der Multi-Level-Governance für eine Aufwertung der Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften sowie eine umfassende Einbeziehung der Organisationen der Zivilgesellschaft gesorgt werden kann;
4. ist der Ansicht, dass sich der makroregionale Ansatz hinsichtlich der Interventionsformen und -bereiche schlüssig mit anderen strategischen Maßnahmen der Union wie der Europa-2020-Strategie, der Kohäsionspolitik und der integrierten Meerespolitik koppeln lässt;
5. unterstreicht, dass angesichts ihrer spezifischen Merkmale die makroregionale Strategie nicht sämtliche Maßnahmenbereiche umfassen kann, sondern vor allem auf die Herausforderungen und Fragen ebendieser Makroregion ausgerichtet werden muss, die im Rahmen einer gemeinsamen Bewertung der Partner zu ermitteln sind, wobei die Grundsätze der Zusammenarbeit mit dem Subsidiaritätsprinzip in Einklang stehen sollten;
6. hebt hervor, dass die Makroregion als funktionaler Raum keine festgelegten Grenzen besitzt und sehr stark von der Art und Zahl der gemeinsamen Herausforderungen bestimmt wird, die in Angriff genommen werden sollen; daher sollte ihre Festlegung auf konkreten Kriterien (der geografischen Vernetzung) für die Zusammenarbeit in lösbarer Fragen beruhen. Dadurch sollte eine bessere Verknüpfung mit anderen Räumen, wie dem mitteleuropäischen, dem Alpen- und dem Donauraum gewährleistet werden;

7. ist der Auffassung, dass so gesehen die makroregionale Strategie zu einem wichtigen Instrument werden kann, mit dem sich das Ziel des durch den Vertrag von Lissabon nachdrücklich geförderten territorialen Zusammenhalts verwirklichen lässt und die Verfahren für den Beitritt von Kandidaten- und potenziellen Kandidatenländern zur Europäischen Union durch die Verfolgung gemeinsamer Interessen durch Regionen aus "alten" und "neuen" Mitgliedstaaten, sowie auch aus Drittstaaten, nach dem Vorbild der Strategien der Europäischen Union für den Ostsee- und den Donaauraum stärken lassen;
8. betont, dass ein wichtiger Mehrwert der makroregionalen Strategie für die Region Adria-Ionisches Meer darin liegt, dass die Aufmerksamkeit der EU für den Westbalkan betont wird, wie es in der Vergangenheit bei der Integration der Gebiete Mittel- und Osteuropas der Fall war;
9. weist darauf hin, dass die makroregionale Strategie für die Region Adria-Ionisches Meer einen bedeutenden Faktor für die Versöhnung zwischen Gebieten darstellt, die östlich des Adriatischen und Ionischen Meeres liegen, und dass damit zugleich die gemeinsamen Werte wiederentdeckt und anerkannt werden, die seit Jahrhunderten die Gebiete rund um das adriatische und das ionische Meer vereinten;
10. hebt hervor, dass ein weiterer Vorteil der makroregionalen Strategie in der Möglichkeit liegt, in diesen auch dem größeren Mittelmeerraum angehörenden Gebieten für eine Stärkung der regionalen Zusammenarbeit zu sorgen und zu ihrem Fortschritt auf dem Weg zum EU-Beitritt beizutragen;
11. unterstreicht, dass die Makroregion keine weitere institutionelle Ebene innerhalb der Europäischen Union ist, sondern ein Netz, ein Modus Operandi oder besser gesagt eine gemeinsame Maßnahme, an der verschiedene europäische, nationale, regionale und lokale Akteure sowie verschiedene Strategien und Finanzierungsprogramme mitwirken. Eine flexible und unbürokratische Vernetzung aller Akteure, Instrumente und Initiativen ist daher wünschenswert;

Eine Strategie der Europäischen Union für die Region Adria-Ionisches Meer: Hintergrund

12. merkt an, dass es sich bei den Gebieten der Adria und des Ionischen Meeres um ein internationales Meeresbecken und eine internationale Region handelt. Sowohl unter dem historischen, geographischen, wirtschaftlichen und ökologischen als auch dem sozialen Gesichtspunkt haben dort schon immer die Wechselbeziehungen zwischen den Ländern eine wesentliche Rolle gespielt. Das Adriatische und das Ionische Meer sind wichtige aneinander angrenzende maritime Gebiete und Meeres(Öko)regionen Europas und fließen in das mittlere Mittelmeer, ein halb geschlossenes Meer mit niedriger Wassererneuerungsrate;
13. betont, dass die Makroregion Adria-Ionisches Meer an der Küste gelegene EU-Mitgliedstaaten, Kandidaten- und potenzielle Kandidatenländer umfasst. In wirtschaftlicher, ökologischer und kultureller Hinsicht ist sie ein äußerst heterogenes Gebiet. Durch den laufenden

Beitrittsprozess der Westbalkanländer wird in der durch ein gemeinsames Erbe geprägten Region Adria-Ionisches Meer der freie Personen-, Waren-, und Dienstleistungsverkehr noch weiter zunehmen;

14. weist darauf hin, dass das von der Strategie betroffene geographische Gebiet drei Mitgliedstaaten (Italien, insbesondere die Küstenregionen des Adriatischen und des Ionischen Meeres, Griechenland und Slowenien) umfasst sowie zwei Kandidatenländer (Kroatien und Montenegro) und drei potenzielle Kandidatenländer (Albanien, Bosnien und Herzegowina und Serbien); die Meeresflächen nicht eingerechnet hat es eine Ausdehnung von knapp 450.000 km² mit einer Bevölkerung von ca. 60 Mio. Personen. Es handelt sich um eine Region, die über das Meeresbecken hinaus geht und sich aufgrund ihrer Eigenschaft als Bindeglied zwischen Gebieten, Völkern und Institutionen besonders für die Entwicklung einer gemeinsamen Strategie eignet, mit der sich Chancen für eine nachhaltige Entwicklung schaffen lassen und der Austausch von Ideen, Personen, Waren und Dienstleistungen optimiert werden kann;
15. betont, dass das adriatisch-ionische Becken "halb geschlossenes Meer" und in gewisser Hinsicht immer mehr ein "Binnenmeer" der Europäischen Union ist. Es handelt sich hierbei um ein Becken, das Gemeinsamkeiten mit dem Ostseeraum aufweist, denn in beiden Fällen handelt sich um Meere, die ähnlichen Problemen und Herausforderungen gegenüberstehen, und beide erfüllen eine "Scharnierfunktion" zwischen den Mitgliedstaaten und Drittstaaten. Zugleich ist das Becken der natürliche Meereszugang für den Donauraum;
16. hebt hervor, dass alle europäischen Gebiete funktionell miteinander zusammenhängen und dass die anzustrebende Vernetzung des Ostseeraums und des Donauraums mit dem Gebiet des Adriatischen und Ionischen Meeres die natürliche Erweiterung und die Stärkung der europäischen Politik im Bereich der territorialen Zusammenarbeit darstellt;
17. nimmt zur Kenntnis, dass in der Region Adria-Ionisches Meer seit dem Ende der 70er Jahre verschiedene Organisationen tätig sind und eine Vielzahl von Initiativen gestartet wurden; die wichtigsten sind:
 - das Forum der Städte des Adriatischen und des Ionischen Meeres, dessen Interessenschwerpunkt auf einem gemeinsamen Verwaltungsmodell zur Förderung einer ausgewogeneren Entwicklung der Verwaltungsgebiete liegt (ca. 50 Mitglieder);
 - das Forum der Handelskammern, für das die wirtschaftlichen und sozialen Aspekte und der Schutz der Ressourcen von besonderer Bedeutung sind (ca. 30 Mitglieder);
 - das Forum der Universitäten "Uniadrion", dessen Ausgangspunkt der Aufbau einer ständigen Verbindung zwischen den Hochschulen und den Forschungszentren der Region Adria-Ionisches Meer zur Förderung einer gemeinsamen Multimediaproduktion gewesen ist (ca. 32 Mitglieder);
 - die adriatisch-ionische Initiative (AII), an der die Staaten Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Griechenland, Italien, Montenegro, Slowenien und Serbien beteiligt

sind und die am Ende des Konflikts in Ex-Jugoslawien im Mai 2000 in Ancona mit dem erklärten Ziel, die Sicherheit und Zusammenarbeit in der Region Adria-Ionisches Meer zu gewährleisten, ins Leben gerufen wurde;

- die Euregio Adriatisches Meer, in der üblicherweise die Behörden der obersten subnationalen Ebene beider Seiten der Adria an einem Dialog und der Abstimmung der jeweiligen Programmplanungsprioritäten mitwirken;

hinzu kommen zahlreiche Netze für die Infrastruktur (wie der Verband der Häfen der nördlichen Adria *North Adriatic Port Association* (NAPA)), die Kultur, und die allgemeine und berufliche Bildung;

18. weist darauf hin, dass darüber hinaus in der Region umfassende Maßnahmen der Europäischen Union durchgeführt werden, die über die thematischen Programme (Verkehr, Energie, Umwelt usw.), die nationalen und regionalen Programme im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik (Ziele 1 und 2) und die Programme der europäischen territorialen Zusammenarbeit wie das Programm IPA CBC für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Adria-Raum und die entsprechenden Programme für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit (z.B. Italien-Slowenien, Griechenland-Italien) sowie für die transnationale Zusammenarbeit (Programm für Mitteleuropa (CENTRAL EUROPE - CE), Programm für Südosteuropa (SOUTH EAST EUROPE - SEE), Programm für den Mittelmeerraum (MED), für den Alpenraum (ALPINE SPACE) durch EFRE-Fonds und das Heranführungsinstrument (IPA) finanziert werden; die Dringlichkeit und der Mehrwert einer Strategie der Europäischen Union für die Makroregion beruht auf den Vorteilen einer starken Verflechtung zwischen diesen Programmen und den auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene durchgeführten Programmen sowie der Investitionen der Europäischen Investitionsbank, des lokalen Kredit systems und der privaten Akteure. In diesem Zusammenhang wird betont, dass sich ein derartiger Prozess nicht auf den Ansatz der Regierungszusammenarbeit beschränken lässt, sondern ein unverzügliches Ansetzen des politischen und institutionellen Hebels und die Nutzung des Fachwissens der EU-Institutionen erfordert;
19. unterstreicht, dass dieses weit gespannte Netz von Beziehungen ein wichtiger Bezugspunkt und die erforderliche Grundlage für die Entwicklung der europäischen Dimension in der lokalen und regionalen Politik ist; die Unterstützung grenzüberschreitender, transnationaler und interregionaler Partnerschaften wird zu einem strategischen Element auf territorialer Ebene und trägt zur Strukturierung des Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen den lokalen Gebietskörperschaften, den Regionen und der Zentralverwaltung bei, im Einklang mit dem Lissabon-Vertrag;
20. ist der Auffassung, dass sich die adriatisch-ionische Initiative (AII) aufgrund ihrer besonderen Merkmale, insbesondere des Interesses der beteiligten Länder an Fragen im Zusammenhang mit dem Schutz der Meeresgewässer und der Küsten, zu einer stärker mittelmeerspezifischen Dimension hin weiterentwickeln kann. Aufgrund ihrer Ausrichtung auf ein fest umrissenes geographisches Gebiet und die damit zusammenhängenden Fragen kann sie bei der Stabil-

isierung der Region, insbesondere der Integrationsdynamik im europäischen Raum, für einen Mehrwert sorgen, ohne dass es zu Überschneidungen mit anderen Institutionen unterschiedlicher Struktur und Bedeutung kommt;

21. weist darauf hin, dass der adriatisch-ionische Rat, der sich aus den Außenministern der an der Initiative beteiligten Staaten zusammensetzt, am 5. Mai 2010 in Ancona eine Erklärung verabschiedete, in der er dem Vorschlag einer makroregionalen Strategie für die Region Adria-Ionisches Meer zustimmt und die dieser Region angehörenden EU-Mitgliedstaaten (Italien, Griechenland und Slowenien) auffordert, sich für deren Annahme durch die EU-Institutionen einzusetzen;
22. unterstreicht, dass der adriatisch-ionische Rat am 23. Mai 2011 in Brüssel eine weitere Erklärung verabschiedet hat, in der er die Entscheidung des Europäischen Rates vom 13. April 2011 begrüßt, mit der die Mitgliedstaaten aufgefordert werden, ihre Bemühungen um künftige Makroregionen fortzusetzen, und in der er sein eigenes Engagement für die Förderung der makroregionalen Strategie für die Region Adria-Ionisches Meer bekräftigt, die in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission und unter Einbeziehung der nationalen, regionalen und lokalen Institutionen ausgearbeitet werden soll;
23. betont, dass die Präsidenten der an der adriatisch-ionischen Initiative (IAI) beteiligten nationalen Parlamente auf ihrer achten und neunten Konferenz - am 29. April 2010 in Bari (Italien) bzw. am 11. April 2011 in Budva (Montenegro) - spezifische Schlusserklärungen verabschiedet haben, in denen die Parlamente verpflichtet werden, die Bemühungen um eine Unterstützung des Beitritts sämtlicher an der Initiative beteiligten Westbalkanländer zur EU zu intensivieren und in denen die EU-Institutionen aufgefordert werden, im Hinblick auf Südosteuropa eine makroregionale Strategie für das adriatisch-ionische Becken zu entwickeln;
24. weist darauf hin, dass die an der Strategie beteiligten Gebiete im Wesentlichen um das Adriatische bzw. das Ionische Meer herum liegen. Aufgrund ihrer geomorphologischen Merkmale, der hohen Umweltbelastung durch die städtische Entwicklung und der demographischen Unterschiede weisen die Küsten und das Hinterland beiderseits des adriatischen Beckens im Hinblick auf Landschaft und Umwelt erhebliche Unterschiede auf. Darüber hinaus ist die Region eng mit Gebieten Österreichs und dem zentralen und östlichen Mittelmeerraum verbunden und von diesen stark beeinflusst;
25. hebt hervor, dass in einigen Küstengebieten eine starke Verstädterung zu verzeichnen ist, die in Gewerbegebieten und Gebieten mit intensivem Tourismus am höchsten ist. Die übermäßige Belastung durch die produktive Nutzung, die spezifische örtliche Nachfrage und die daraus folgenden Veränderungen der Küstenlebensräume haben zu einer allgemeinen Überlastung und einem stetigen Rückgang der natürlichen Umwelt geführt. Gleichwohl gibt es bemerkenswerte ökologische Gebiete und nationale und regionale Naturschutzgebiete;

26. merkt an, dass einige Küstengebiete ein einheitliches Landschaftsbild und ein ökologisches Erbe aufweisen, das nun zunehmend durch Entwicklungsprozesse bedroht ist. In diesen Gebieten sind fehlende Abwasser- und Abfallentsorgungssysteme, eine zunehmende Verstädterung der Küsten sowie eine anhaltende Luftverschmutzung durch die Freisetzung von Schadstoffen aus dem Verkehr, Industrieprozessen und Energieerzeugungsanlagen zu beobachten;
27. unterstreicht, dass die Strategie der Europäischen Union für die Makroregion Adria-Ionisches Meer im weiteren Sinne nicht nur den betroffenen Gebieten, sondern der EU als Ganzes als wertvolles Instrument dienen soll, weil sie voll und ganz auf die Erfüllung der strategischen Leitlinien der EU im Bereich intelligente, nachhaltige und integrative Entwicklung und insbesondere auf die Europa-2020-Strategie ausgerichtet ist. Der Strategieplanungszeitraum sollte 2012/2013 beginnen, so dass die Ausrichtung ermöglicht und die größtmögliche Übereinstimmung mit den Prioritäten des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens und der damit zusammenhängenden gemeinsamen strategischen Rahmen und operativen Programmen gewährleistet werden kann;
28. ist der Auffassung, dass der Hauptauftrag einer etwaigen AI-Strategie der Europäischen Union im "Verbinden und Schützen" liegen sollte: Sie soll die Gebiete der Makroregion miteinander verbinden, um ihre nachhaltige Entwicklung zu fördern und die empfindliche Umwelt des Meeres, der Küsten und des Hinterlands zu schützen. Die beiden Makrostrategien der EU für den Ostsee- und den Donaauraum können gemeinsam mit der europäischen Strategie für die Makroregion Adria-Ionisches Meer und den künftigen Strategien der EU¹ jene Verbindungen und Synergien, auch in Bezug auf die Infrastruktur, schaffen, auf die in Ziffer 18 der Schlussfolgerungen des Rates "Allgemeine Angelegenheiten" vom 13. April 2011 hingewiesen wird. Diese sollten idealerweise eine Achse vom Norden bis zum Süden Europas bilden, wobei die Makroregion Adria-Ionisches Meer, die sich durch die in der Kommissionsmitteilung KOM(2011) 500 endg. vom 29.6.2011 vorgesehene Verlängerung des Ostsee-Adria-Korridors und seine Anbindung an intermodale Netze auch auf das zentrale und östliche Mittelmeerraum erstrecken kann, den südöstlichen Zugang Europas zur restlichen Welt verbessern und erleichtern würde. Angesichts der potenziell starken territorialen Überschneidungen zwischen der AI-Strategie und der Donaauraum-Strategie sollten seitens der Europäischen Kommission entsprechende Abstimmungsmechanismen vorgesehen werden;

Meer, Küste und Hinterland: eine Makroregion, die angebunden, geschützt und weiterentwickelt werden muss

29. ist der Ansicht, dass ein Meeresbecken *per definitionem* eine gemeinsame Ressource ist, die die umliegenden Länder und Regionen miteinander verbindet, und ein gemeinsames Kapital, das diese schützen müssen. Das Meer erfordert jedoch auch gemeinsame Maßnahmen, um

¹ Einige in Erarbeitung befindliche Strategien: die Strategie für den geografischen Raum Nordsee / Ärmelkanal, die Strategie für den Alpenraum, die Strategie für den atlantischen Bogen, die Schwarzmeerstrategie usw.

Wohlstand zu erzeugen und Entwicklung zu fördern. Es ist zudem ein empfindliches Ökosystem. Dies gilt vor allem für die Adria und das Ionische Meer, bei denen es sich um Meere handelt, die eine niedrige Wassererneuerungsrate aufweisen und mit dem Mittelmeer verbunden sind, das wiederum ein halb geschlossenes Meer ist. Zum Erhalt der Meeresumwelt von Adria und Ionischem Meer sollten in die diesbezügliche Strategie auch entsprechende Meeresstrategien integriert werden;

30. vertritt die Auffassung, dass die Makroregion Adria-Ionisches Meer unter diesem Blickwinkel als eine maritime Gemeinschaft betrachtet werden kann. Ergebnis der Strategie werden daher nicht nur Planungsdokumente sein, sondern auch Maßnahmen - konkrete, sichtbare Maßnahmen zur Bewältigung der Herausforderungen der Region. Die Staaten, die Regionen und die anderen Akteure sollten als führende Partner Verantwortung für bestimmte vorrangige Bereiche und Pilotprojekte übernehmen, und dabei einen integrierten Ansatz gegenüber der Meerespolitik und der Verkehrs- und Hafenpolitik im Rahmen der paneuropäischen Korridore verfolgen;
31. hebt hervor, dass der makroregionale Ansatz neben der maritimen Dimension allen bedeutenden aktuellen Problemen der Makroregion Adria-Ionisches Meer Rechnung tragen muss, vom Schutz und Erhalt der Umwelt bis zur Energie, vom Klimawandel bis zu Forschung und Innovation, vom Erhalt der Gewässerressourcen bis hin zu den kulturellen Ressourcen, zur Wettbewerbsfähigkeit und zur Schaffung von Arbeitsplätzen, zum Handel, zur Logistik und zur Weiterbildung von leitenden Verwaltungsbeamten der Region Adria-Ionisches Meer;
32. erinnert an den Standpunkt der Europäischen Kommission, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt für die Entwicklung makroregionaler Strategien "drei Nein" gelten: keine neuen Regeln, keine neuen Institutionen, keine zusätzlichen Mittel; bekräftigt, dass gleichzeitig jedoch auch "drei Ja" gelten sollten: gemeinsam vereinbarte Anwendung und Kontrolle bestehender Regeln in der Makroregion; Aufbau einer Plattform/eines Netzwerkes/territorialer Cluster von regionalen und lokalen Gebietskörperschaften und Mitgliedstaaten unter Einbeziehung der Interessenträger, in Verantwortung der Organe der Union; abgestimmte Nutzung bestehender finanzieller Ressourcen der Union zur Entwicklung und Umsetzung makroregionaler Strategien;
33. drängt darauf, dass der Europäische Rat bis 2012/2013 die Europäische Kommission mit der Erarbeitung einer makroregionalen Strategie für die Region Adria-Ionisches Meer beauftragt. Denn sofern sich die Debatte ausreichend weit entwickelt, stellt diese Strategie auf europäischer Ebene eine verantwortungsvolle Entscheidung der EU-Institutionen dar, da auf diese Weise ein Konsens erzielt und zugleich ein pragmatischer Ansatz gegenüber den drei Grundpfeilern der makroregionalen Strategie im neuen Programmplanungszeitraum 2014-2020 vorgegeben werden kann;
34. weist darauf hin, dass im Hinblick auf die Frage der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit wie im Falle der Ostsee und des Donauraumes auch für die Region Adria-Ionisches Meer eine europäische Strategie festgelegt werden kann, bei der die zahlreichen bereits existierenden

Kooperationsnetze und die vielfältigen bereits laufenden Initiativen, Programme und Projekte genutzt werden sowie die den verschiedenen Akteuren zur Verfügung stehenden Instrumente angepasst und aufeinander abgestimmt werden und durch eine stärkere Einbeziehung der Zivilgesellschaft in den Beschlussfassungsprozess und die Durchführung konkreter Maßnahmen ein Beitrag zur Konsolidierung sowohl des zwischenstaatlichen als auch des innerstaatlichen Integrationsprozesses geleistet wird;

35. betont, dass auf diese Weise die makroregionale Strategie für die Region Adria-Ionisches Meer insofern als ein hervorragendes Beispiel für eine in die Praxis umgesetzte Multi-Level-Governance dienen kann, als sie Möglichkeiten schafft, der Zusammenarbeit und Interaktion aller Akteure, die von den in dieser Region anstehenden großen Herausforderungen betroffen sind, größere Bedeutung zu verleihen und sie zu optimieren;
36. weist darauf hin, dass die Kommission sich in dieser Phase, in der sich die Maßnahmen zum Großteil auf Rechtsgrundlagen für Bereiche stützen, die in die Zuständigkeit der Union und der Mitgliedstaaten fallen, anfangs darauf beschränken muss, bestimmte Maßnahmen vorzuschlagen, die anschließend im Wege der Zusammenarbeit sämtlicher betroffener Regierungsebenen entsprechend der jeweiligen Zuständigkeiten und Verantwortungsbereiche weiterentwickelt werden. Danach sollte sie die Aufgabe der Koordinierung und Überwachung der Strategie übernehmen, deren Umsetzung erleichtern und Folgemaßnahmen dazu ergreifen; zur Erfüllung dieser Aufgabe sollte sie soweit möglich auf bestehende geeignete Strukturen zurückgreifen;

Schlussfolgerungen

37. stellt fest, dass in Anbetracht der vom adriatisch-ionischen Rat (Außenminister der an der AII beteiligten Staaten) verabschiedeten Erklärungen und angesichts der dringenden Probleme und aktuellen Herausforderungen unverzüglich mit der Erarbeitung einer europäischen Strategie für die Region Adria-Ionisches Meer begonnen werden sollte, weshalb er den Europäischen Rat ersucht, die Europäische Kommission mit der Erarbeitung dieser Strategie zu beauftragen;
38. ersucht das Europäische Parlament aufgrund der Erklärungen, die die Präsidenten der an der adriatisch-ionischen Initiative (AII) beteiligten nationalen Parlamente auf ihren Konferenzen abgegeben haben, und in Anbetracht des strategischen Wertes für den Abschluss des EU-Beitrittsprozesses, sich politisch überzeugend für die Einführung einer Strategie der Europäischen Union für die Makroregion Adria-Ionisches Meer zu engagieren;
39. fordert das Europäische Parlament auf, die makroregionale Dimension der Region Adria-Ionisches Meer bei der aktuellen Verfassung wichtiger Dokumente zur Umsetzung der integrierten Meerespolitik, zur Bewirtschaftung der Territorialgewässer und zur Verkehrspolitik zu berücksichtigen;

40. betont, dass die makroregionale AI-Strategie mit der Entwicklung der Euroregionen, die sich auf die Zusammenarbeit zwischen Grenzregionen konzentrieren, sowie mit der Entwicklung europäischer Strukturen bei grenzübergreifenden, transnationalen und interregionalen Vorhaben in der Rechtsform des Europäischen Verbundes für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) in vollem Einklang steht;
41. empfiehlt, makroregionale Strategien als eigenständigen Bereich unter die Bereiche der territorialen Zusammenarbeit im Rahmen der Politik der Europäischen Union, insbesondere der Kohäsionspolitik für die Zeit nach 2013 aufzunehmen, vor allem was die grenzüberschreitende und transnationale Zusammenarbeit angeht, damit die regionalen operativen Programme des nachfolgenden Programmplanungszeitraums (2014 - 2020) zur erfolgreichen Umsetzung der makroregionalen Strategien beitragen können;
42. fordert die Kommission gemäß Ziffer 21 der Schlussfolgerungen des Rates "Allgemeine Angelegenheiten" vom 13. April 2011, im Einklang mit den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 23./24. Juni 2011 und in Anbetracht der Tatsache, dass die nationalen und lokalen Institutionen seit längerem an einem Entwurf für eine makroregionale Strategie arbeiten, auf, unverzüglich eine sorgfältige Überwachung der bereits umgesetzten, genehmigten und noch in der Genehmigungsphase befindlichen strategischen Projekte vorzunehmen, die die Region Adria-Ionisches Meer betreffen; legt der Europäischen Kommission nochmals nahe, die in Ziffer 32 dieser Stellungnahme angeführten "drei Ja" anzunehmen;
43. hält es für dringend erforderlich, die Rolle und die Funktion der Makroregionen im Rahmen eines einschlägigen "Grünbuchs" eingehender zu untersuchen und genauer festzulegen, wie er bereits in seiner Entschließung zum Legislativ- und Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2010 gefordert hat;
44. unterstreicht, dass sich die Strategie für die Region Adria-Ionisches Meer auf die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips stützt; bei ihr wird es um Fragen und Probleme gehen, die nicht ausschließlich auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene angegangen werden können;
45. weist darauf hin, dass die Strategie im Rahmen einer breit angelegten öffentlichen Konsultation erarbeitet werden sollte, die unter Berücksichtigung der Erfahrungen mit den Strategien der EU für den Ostsee- und den Donaauraum in enger Zusammenarbeit mit den in der Region vorhandenen Netzen und Organisationen sowie dem Ausschuss der Regionen als Vertreter der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften und anderen wichtigen Partnern durchgeführt werden sollte;
46. weist darauf hin, dass gemäß der Empfehlung des Rates "Allgemeine Angelegenheiten" vom 13. April 2011 in Bezug auf die Transparenz, die Sichtbarkeit und den Austausch bewährter Verfahren zwischen makroregionalen Strategien die Partnerschaft "Makroregion Adria-Ionisches Meer" im Rahmen der Open Days 2011 eine Veranstaltung zu makroregionalen Themen organisiert wurde, bei der es insbesondere um den Vorschlag für eine makroregionale

Strategie für die Region Adria-Ionisches Meer ging. Diese Veranstaltung wurde teils als partizipative *Debatte* der Vertreter der 13 Regionen und Städte der Partnerschaft, teils als *Workshop* für öffentliche und private Partnerschaften gestaltet, in dem spezifische, in der Umsetzungsphase befindliche Projekte vorgestellt wurden;

47. beauftragt den Präsidenten, die vorliegende Initiativstellungnahme der Europäischen Kommission, dem Europäischen Parlament, dem amtierenden Ratsvorsitz und den Partnern des Dreivorsitzes zu übermitteln.

Brüssel, den 11. Oktober 2011

Die Präsidentin
des Ausschusses der Regionen

Mercedes BRESSO

Der Generalsekretär
des Ausschusses der Regionen

Gerhard STAHL

II. VERFAHREN

Titel	Territoriale Zusammenarbeit im Mittelmeerraum über die Makroregion Adria-Ionisches Meer
Referenzdokument(e)	
Rechtsgrundlage	Initiativstellungnahme, Art. 307 Abs. 4
Geschäftsordnungsgrundlage	Initiativstellungnahme (Art. 42)
Befassung durch den Rat / Schreiben der Kommission	
Präsidiumsbeschluss	4. März 2011
Zuständig	Fachkommission für Kohäsionspolitik (COTER)
Berichterstatter	Gian Mario Spacca (IT/ALDE), Präsident der Region Marken
Analysevermerk	29. März 2011
Prüfung in der Fachkommission	Erörterung auf der Grundlage eines Arbeitsdokuments: 19. Mai 2011
Annahme in der Fachkommission	4. Juli 2011
Abstimmungsergebnis	mehrheitlich angenommen
Verabschiedung auf der Plenartagung	11. Oktober 2011
Frühere Ausschusstellungnahme	<ul style="list-style-type: none"> – Stellungnahme zum Thema "<i>Strategie der Europäischen Union für den Ostseeraum</i>", CdR 255/2009 fin² – Initiativstellungnahme zum Thema "<i>Eine EU-Strategie für den Donaoraum</i>", CdR 149/2009 fin – Initiativstellungnahme zum Thema "<i>Eine Strategie für den geografischen Raum Nordsee/Ärmelkanal</i>" CdR 99/2010 fin³ – Stellungnahme zum Thema "<i>Donaoraumstrategie</i>", CdR 86/2011 fin

² ABl. C 232 vom 27.8.2010, S. 23.

³ ABl. C 15 vom 18.1.2011, S. 26.